

Fraktion **direkt**

2 | 23. Oktober 2013

Zur Lage

Wir müssen auf Wachstum setzen Große Koalition muss die großen Themen behandeln



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

An diesem Dienstag hat sich der neue Bundestag konstituiert. Erstmals hat sich unsere neue Fraktion im Plenarsaal versammelt. Fast die Hälfte der Sitze nehmen die Abgeordneten von CDU und CSU ein. Es ist ein beeindruckendes Bild, das unseren großen Wahlerfolg noch einmal dokumentiert.

*„Die Treffen mit den Grünen
waren nicht umsonst“*

Dennoch sind wir auf einen Koalitionspartner angewiesen. In den vergangenen Wochen haben wir zweimal mit den Grünen ausgelotet, ob ein Bündnis mit ihnen möglich wäre. Letztlich haben die Grünen die Gespräche beendet, obwohl es aus unserer Sicht lohnenswert gewesen wäre, weiter zu sondieren. Die Treffen waren dennoch nicht umsonst, da sich Union und Grüne näher gekommen sind.

Es steht nun fest, dass wir mit der SPD über eine Neuaufgabe der großen Koalition verhandeln werden. Nach den Sondierungen mit den Sozialdemokraten sind wir überzeugt, dass es grundsätzlich eine Vertrauensbasis für ein solches Bündnis gibt. Dennoch werden die Gespräche voraussichtlich kompliziert, da die SPD eine Reihe von Bedingungen formuliert hat, die mit unseren Positionen nur sehr schwer vereinbar sind.

Union mit klaren Zielen

Die Union wird mit klaren Zielen in die Verhandlungen gehen. Es muss alles dafür getan werden, dass Deutschland weiter auf Wachstumskurs bleibt und dass sich die Arbeitslosigkeit weiter reduziert. Gelingt dies, wird es den Bürgern unter dem Strich weiter gutgehen.

Denn wir wissen: Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine demotivierende Erfahrung für die Betroffenen. Arbeitslosigkeit verursacht auch Kosten. 100.000 Langzeitarbeitslose mehr bedeuten für den Staat Mehraufwendungen von rund 1,5 Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt dann – etwa für Investitionen in Bildung und Infrastruktur oder für den Abbau der kalten Progression, also für mehr Steuergerechtigkeit. Das können auch die Sozialdemokraten nicht wollen.

Es gilt eine Koalitionsvereinbarung zu schließen, die Augenmaß und Mitte wahrht. Das haben die Wähler in ihrer Mehrheit am 22. September auch zum Ausdruck gebracht. Dem fühlen wir uns in den kommenden Wochen verpflichtet.

Volker Kauder

Inhalt

Wir müssen auf Wachstum setzen	1
Die Mehrheiten spiegeln das Wahlergebnis	2
Lammert wieder Bundestagspräsident	3
Große Koalition soll bis Weihnachten stehen	4
„Die Tragödien lassen uns als Christen nicht kalt“	5
Kopten zur Mitarbeit an der Verfassung ermuntert	5
Frisch gebloggt	6

Kommentar

Die Mehrheiten spiegeln das Wahlergebnis

Parlamentarische Minderheitenrechte werden wir angemessen gewährleisten



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsverhandlungen mit der SPD hatten noch nicht einmal begonnen, da hatte die Linksfraktion schon eine öffentliche Debatte über eine angeblich drohende Entrechtung der Minderheiten im Deutschen Bundestag entfacht. Sollte es zu einer Koalition der CDU/CSU mit der SPD kommen, dann wäre diese mit fast 80 Prozent der Mitglieder des Bundestags natürlich eine große Koalition im wahrsten Wortsinne. Das im Grundgesetz und in der Geschäftsordnung festgelegte Minderheitenquorum hingegen, zum Beispiel zur Einberufung eines Untersuchungsausschusses, zur Normenkontrollklage oder zur Einsetzung einer Enquetekommission, beträgt derzeit 25 Prozent. Dennoch muss gelten, was der Bundestagspräsident in seiner Antrittsrede gesagt hat: „Klare Wahlergebnisse sind nicht von vornherein verfassungswidrig. Große Mehrheiten auch nicht.“ Es komme darauf an, wie wir damit umgehen.

Eine funktionierende Kontrolle – dazu gehören auch die Minderheitenrechte – ist in der parlamentarischen Demokratie im Interesse des gesam-

ten Parlaments, der Fraktionen von Koalition und Opposition und natürlich auch im Interesse der Wähler. Falls es zu einer großen Koalition kommen sollte, werden wir beim Thema Minderheitenrechte angemessen reagieren. Das ist aber nicht etwa eine Sache von Koalitionsverhandlungen, sondern muss fraktionsübergreifend in den Gremien des Bundestags behandelt werden. Was genau für einen effizienten Minderheitenschutz erforderlich ist, müssen wir noch diskutieren. Das ist weder verfassungsrechtlich noch verfassungsgerichtlich geklärt. Klar dürfte aber sein, dass wir die verfassungsrechtlichen Quoren für diesen Sonderfall nicht senken müssen. Das Grundgesetz regelt ja gerade das Grundsätzliche. So äußerten sich auch Rechtsexperten in dieser Woche. Sie gehen davon aus, dass der Grundgedanke des oppositionellen Minderheitenschutzes verfassungsrechtlich so verankert ist, dass es auf einzelne Quoren nicht ankommt. Eine gesetzliche Regelung, ein Parlamentsbeschluss oder die Änderung der Geschäftsordnung wären demnach für einen effizienten Schutz ausreichend.

Opposition muss zu Wort kommen

Eine ganz andere, in der aktuellen Diskussion aber häufig damit vermengte Frage ist die nach der Verteilung von Redezeiten im Bundestag. Redeanteile richten sich ausschließlich nach der Fraktionsstärke, sind mithin unmittelbare Folge des Wahlergebnisses und kein spezielles Oppositionsrecht. Dennoch muss die Opposition ausreichend zu Wort kommen und ihre Kritik vernehmbar sein. Dafür brauchen wir auch eine gute Debattenkultur im Parlament – ganz im Sinne einer am Parlament interessierten Öffentlichkeit.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Lammert wieder Bundestagspräsident

Bundestag kommt zur ersten Sitzung der 18. Wahlperiode zusammen



Foto: Tobias Koch

Bundestagspräsident Lammert hält Eröffnungsrede

30 Tage nach der Bundestagswahl ist der 18. Deutsche Bundestag erstmals zusammengetreten. Zu ihrem Präsidenten wählten die Abgeordneten am Dienstag erneut den CDU-Politiker Norbert Lammert. Als Stellvertreter von Seiten der CDU/CSU-Fraktion wurden Johannes Singhammer und Peter Hintze gewählt. Lammert erinnerte die Mitglieder des neuen Bundestages daran, dass sie laut Grundgesetz Vertreter des gesamten Volkes und nur ihrem Gewissen unterworfen sind.

Bundestagspräsident Lammert wurde mit 591 von 625 Stimmen im Amt bestätigt. Die breite Zustimmung bezeichnete er als Ermutigung und Verpflichtung. Den neuen Bundestag rief er selbstkritisch dazu auf, künftig weniger Papiere zu produzieren und die Debatten lebendiger zu gestalten.

Gemäß parlamentarischem Brauch hatte zuvor der Alterspräsident, der 77-jährige CDU-Abgeordnete und ehemalige Forschungsminister Heinz Riesenhuber, die erste Bundestagsitzung in der neuen Legislaturperiode eröffnet.

Riesenhuber forderte die Abgeordneten auf, die Wahlperiode mit „Tatkraft und Zuversicht“ zu beginnen. Im Einzelnen sprach Riesenhuber die Herausforderungen an, die sich aus dem demografischen Wandel, dem „Riesenprojekt“ Energiewende und der Weiterentwicklung der Europäischen Union ergeben.

Rechtsansprüche der Minderheit werden gewahrt

Als eine der ersten Amtshandlungen verabschiedete der Bundestag seine Geschäftsordnung. Angesichts der Tatsache, dass es voraussichtlich zur Bildung einer großen Koalition kommt, sagte Lammert den Oppositionsparteien zu, dass man Wege suchen werde, ihre Minderheitenrechte zu wahren – gegebenenfalls über eine Änderung der Geschäftsordnung. Er wies aber auch darauf hin, dass klare Wahlergebnisse und große Mehrheiten nicht von vornherein verfassungswidrig seien.

Im Falle einer großen Koalition würde die Opposition aus Linken und Grünen nur über 20 Prozent der Stim-

men verfügen. Für die Beantragung eines Untersuchungsausschusses etwa oder für eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht sind aber laut Grundgesetz 25 Prozent der Stimmen erforderlich. Auch die Redezeit der Oppositionsabgeordneten wäre anteilmäßig sehr gering, was nicht zur Belebung der Parlamentsdebatten beiträgt. Die CDU/CSU-Fraktion hatte wie auch die anderen Fraktionen bereits im Vorfeld signalisiert, dass man im Ältestenrat darüber beraten wolle, wie die Kontrollrechte der Opposition gewahrt werden könnten. Eine Änderung des Grundgesetzes schloss sie indes aus.

Ein Präsident – sechs Stellvertreter

Bundestagspräsident Norbert Lammert stehen in der 18. Legislaturperiode sechs Stellvertreter zur Seite, jeweils zwei von SPD und Union sowie je einer von Linken und Grünen. Damit hat der neue Bundestag einen Vizepräsidenten mehr als der alte. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, begründete dies damit, dass „weder die Arbeitsbelastung noch die Probleme, vor denen wir stehen, kleiner werden“. Deshalb habe man Interesse an einem – auch zahlenmäßig – starken Präsidium. Außerdem entspreche die Aufteilung der Vizepräsidentenposten den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag.

Alterspräsident

Das Alter steht für Erfahrung, Weisheit und Würde. Wenn der neue Bundestag zu Beginn einer Legislaturperiode erstmals zusammentritt, hat das älteste Mitglied die Ehre, die konstituierende Sitzung zu eröffnen. Der Alterspräsident leitet die Sitzung so lange, bis ein neuer Parlamentspräsident gewählt ist. So bestimmt es die Geschäftsordnung des Bundestages. Ältester Abgeordneter ist in dieser wie schon in der vergangenen Wahlperiode der 77-jährige Heinz Riesenhuber von der CDU.

Der erste Alterspräsident nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 war der SPD-Abgeordnete Paul Löbe, damals 74 Jahre alt. Er saß bereits zu Zeiten der Weimarer Republik von 1920 bis 1933 im Reichstag und übte zwölf Jahre lang das Amt des Parlamentspräsidenten aus. Die bislang einzige Frau, die als Alterspräsidentin fungierte, war die FDP-Politikerin Marie-Elisabeth Lüders. Sie eröffnete 1953 und 1957 die konstituierende Sitzung des Bundestages. Auch die ehemaligen Kanzler Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Alterspräsidenten des Bundestages.

Große Koalition soll bis Weihnachten stehen

CDU, CSU und SPD nehmen Verhandlungen auf – Wachstum und Beschäftigung als Messlatte

Mit dem Ziel, bis Weihnachten eine Regierung zu bilden, haben CDU, CSU und SPD Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Die große Verhandlungsrunde kam unter Leitung der Parteivorsitzenden Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel am Mittwoch erstmals zusammen. Die politischen Fachfragen werden in zwölf Arbeitsgruppen und vier Unterarbeitsgruppen besprochen. Unionsfraktionschef Volker Kauder machte im Vorfeld klar, dass alles, was vereinbart werde, dem Ziel dienen müsse, Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Vor Aufnahme der Gespräche hatte auch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe die unverzichtbaren Punkte für die Union formuliert. Dazu gehören die Stabilität des Euro, eine nachhaltige Haushaltsführung, die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Sicherung der guten Lage am Arbeitsmarkt. Die SPD geht mit zehn Kernforderungen in die Verhandlungen, darunter der eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro. Die Union sieht diese Forderung mit großer Skepsis, könnte sie doch in strukturschwachen Regionen und einzelnen Branchen zu Arbeitsplatzverlusten führen. Außerdem ist die Vereinbarung eines Mindestlohns nach Auffassung von CDU und CSU Aufgabe der Tarifpartner und nicht des Gesetzgebers.

Die Koalitionsverhandlungen finden auf mehreren Ebenen statt: Die große Verhandlungsrunde umfasst 75 Teilnehmer, darunter 27 von der CDU, 18 von der CSU und 30 von der SPD. Ihre Treffen finden wechselweise in den Parteizentralen von CDU und SPD sowie in der bayerischen Landesvertretung statt. Darüber hinaus gibt es eine Steuerungsgruppe um die drei Generalsekretäre. Die zwölf Arbeitsgruppen, die mit je 17 Politikern besetzt sind, und die vier Untergruppen beschäftigen sich mit den Fachfragen – von Arbeit und Soziales über Ener-



Foto: Jens-Uwe Keil

CDU, CSU und SPD treffen sich zur ersten Runde der Koalitionsverhandlungen

gie und Umwelt bis zu Haushalt und Wirtschaft. In kontroversen Fragen können die drei Parteichefs eine Entscheidung unter sich herbeiführen.

Straffer Zeitplan

Die Koalitionäre haben sich einen straffen Zeitplan gesetzt. So wollen sie bis Ende November die Verhandlungen abgeschlossen haben. Da die SPD das Verhandlungsergebnis von den Mitgliedern per Briefwahl absegnen lassen will, müssen zwei weitere Wochen eingeplant werden. Die CDU wird vermutlich Anfang Dezember auf einem kleinen Parteitag darüber befinden. Die neue Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte dann bis Mitte Dezember stehen. Sollten sich die Verhandlungen reibungslos gestalten als erwartet, könnte der Koalitionsvertrag allerdings auch schon früher fertiggestellt werden.

Noch zeichnen sich aber zähe Verhandlungen ab. Für die Union sind Steuererhöhungen, wie sie die SPD in ihrem Wahlprogramm gefordert hat, inakzeptabel. Denn sie könnten die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft schwächen und somit Arbeitsplätze kosten. Angesichts der spru-

delnden Steuereinnahmen als Folge der stabilen Konjunktur und der Zunahme der Erwerbstätigkeit wäre den Wählern ohnehin nicht zu vermitteln, dass der Staat mehr Einnahmen brauche. Auch die Sozialabgaben sollen – mit Ausnahme der Beiträge für die Pflegeversicherung – nicht erhöht werden.

Vorbehalt der Finanzierbarkeit

Ausgabenpläne stehen für die Union unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Denn oberstes Gebot ist die Einhaltung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Danach sollen ab 2014 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Ab 2015 soll mit dem Abbau der Gesamtverschuldung begonnen werden. Sie liegt derzeit bei knapp 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, muss aber laut Maastricht-Vertrag auf 60 Prozent zurückgeführt werden.

Die einzige neue Ausgabe, die die Union definitiv eingeplant hat, ist die Erhöhung der Mütterrente für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben. Die Kosten dafür in Höhe von 6,5 Milliarden Euro sind bereits gegenfinanziert.

„Die Tragödien lassen uns als Christen nicht kalt“

Günter Krings über Wege zur Lösung der Flüchtlingsproblematik



Foto: Carlos Albuquerque

Günter Krings
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Anlässlich der Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa wurde in den EU-Staaten die Forderung laut, die europäische Flüchtlingspolitik auf den Prüfstand zu stellen. „Fraktion direkt“ sprach mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Günter Krings über die Problematik.

Herr Krings, die Hunderte toter Flüchtlinge vor Lampedusa machen betroffen.

Welche Konsequenzen muss Europa ziehen?

Krings: Die schrecklichen Tragödien im Mittelmeer lassen uns als Christen nicht kalt. Allerdings gibt es für die Flüchtlingsfrage keine einfache Lösung. Hier sind die afrikanischen Staaten, die Afrikanische Union, die Anrainerstaaten und die EU gefordert. Das wichtigste Ziel ist, dass sich die Menschen nicht in solche lebensgefährlichen Situationen begeben, dass die kaum seetüchtigen und überfüllten Boote aus Libyen oder Tunesien erst gar nicht ablegen. Dazu sind kurzfristig Gespräche mit diesen Ländern notwendig.

Die Flüchtlinge müssen außerdem vor skrupellosen Schleusern geschützt werden, die ihre Gefährdung in Kauf nehmen. Wir brauchen schließlich konkrete und effektive Verbesserungen für die Seenotrettung. Dazu müssen die Mittel für die europäische Grenzagentur Frontex aufgestockt werden.

Was halten Sie von einem europäischen Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen?

Krings: Es ist für mich nicht erkennbar, wie eine Änderung der EU-inter-

nen Zuständigkeitsverteilung das Problem verringern könnte. Außerdem tragen die Mitgliedstaaten mit höherem Wohlstandsniveau und besseren Sozialleistungen wie Deutschland, Frankreich oder Schweden schon heute die Hauptlast bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Wir haben z. B. 2012 pro Kopf der Bevölkerung drei Mal mehr Asylbewerber als Italien aufgenommen.

Schleuserkriminalität anprangern

Was könnte Deutschland dazu beitragen, das Flüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen?

Krings: Wir können einerseits bei unseren Kontakten zu den Herkunfts- und Transitstaaten die Flüchtlingsfragen und die Schleuserkriminalität verstärkt thematisieren.

Im Rahmen der EU wirken wir andererseits konstruktiv bei Frontex mit. Über das übliche Asylverfahren hinaus ist Deutschland immer bereit, in akuten Krisen Flüchtlingen Zuflucht zu geben. Das gilt aktuell für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, die schon zu Tausenden in Deutschland Aufnahme gefunden haben.

Die Fraktion und die Welt

Kopten zur Mitarbeit an der Verfassung ermuntert

Kauder traf Patriarchen der koptisch-katholischen Kirche in Ägypten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt die Lage in Ägypten weiterhin mit großer Sorge. Immer wieder kommt es zu Massenprotesten von Anhängern der Muslimbruderschaft gegen die Regierung. Häufig werden koptische Christen Opfer von Gewalt. Vor diesem Hintergrund traf sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder jüngst mit dem neuen Patriarchen der koptisch-katholischen Kirche in Ägypten, seiner Seligkeit Ibrahim Isaac Sedrak.

In dem Gespräch ermunterte Kauder die Kopten, sich aktiv an den Beratungen über eine neue Verfassung zu be-

teiligen. Nur so könnten sie Einfluss auf die Entwicklung im Land nehmen, sagte er. „Wir waren uns einig, dass die allermeisten Ägypter, Kopten wie Muslime, Gewalt ablehnen. Sie verurteilen in großer Mehrheit die Handlungen der Extremisten aus der Muslimbruderschaft.“ Es sei beschämend, wie Christen noch immer diskriminiert würden und als Sündenböcke für Fehlentwicklungen herhalten müssten, sagte Kauder.

Der Patriarch beteuerte, dass nur das Eingreifen des Militärs zu positiven Veränderungen wie der neuen verfassungsgebenden Versammlung

geführt habe. Die Christen Ägyptens versprechen sich davon die Entwicklung eines modernen Staatsbürgerrechts, sagte Sedrak. Dieses könnte gerade den Gruppen am Rande der ägyptischen Gesellschaft ermöglichen, mehr Verantwortung für ihr Land zu übernehmen.

Die koptisch-katholische Kirche ist eine Minderheit innerhalb der christlichen Minderheit Ägyptens. Sie umfasst etwa 200.000 der bis zu acht Millionen zählenden christlichen Kopten, die mehrheitlich der koptisch-orthodoxen Kirche angehören.

Frisch gebloggt

Neue Unions-Abgeordnete stellen sich vor

114 neue Abgeordnete zählt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dank dem hervorragenden Wahlergebnis vom 22. September. Knapp vier Wochen nach der Bundestagswahl werden die neuen Gesichter langsam sichtbar in den Parlamentsgebäuden an der Spree: Türschilder werden beschriftet, die neuen Büros bezogen. Die Abgeordneten haben die ersten Fraktionssitzungen hinter sich, Landesgruppen und soziologische Gruppen haben sich zum Teil bereits konstituiert: Man lernt sich kennen.

Auf blogfraktion.de stellen sich die „Neuen“ vor. In kurzen Beiträgen schreiben sie, wie sie die ersten Tage im Parlament erlebt und welche Ziele sie in Berlin haben. Dabei wird deutlich: Die Beweggründe, für den Deutschen Bundestag zu kandidieren, waren genau so vielfältig wie die Emotionen, welche die meisten von ihnen in der Wahlnacht durchlebt haben.

Er habe lange überlegt, wie das Gefühl nach der Wahl zu beschreiben sei, schreibt **Martin Pätzold**, um dann zu resümieren: „Ich denke, der Vergleich eines Jockeys mit seinem Rennpferd in der Startbox im Moment kurz vor dem Start könnte diesem Gefühl am nächsten kommen. Nun warte ich nur noch auf den Startschuss und die konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages. Darauf freue ich mich sehr.“

Ähnlich ging es **Christina Schwarzer**. Sie hatte jedoch gleich einen wichtigen Tipp bekommen: „Fraktionskollegen haben mir den Hinweis gegeben, dass es mit der Aufregung nach der ersten Fraktionssitzung vorbei sei“, schreibt sie und ist begeistert von der guten Organisation.



Foto: Tobias Koch

Der 18. Deutsche Bundestag konstituiert sich

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Sven Volmering gelang über Listenplatz 26 als Spitzenkandidat der Jungen Union Nordrhein-Westfalen der Sprung in den Deutschen Bundestag. Er will vor allem „Ansprechpartner für die Bürger in Bottrop, Dorsten und Gladbeck sein und mit der Fraktion möglichst viel CDU-Politik in den kommenden vier Jahren umsetzen.“

Ebenso geht es **Michael Donth**, der nach fast 15 Jahren als Bürgermeister nun Bundestagsabgeordneter ist: „Mit dem 22. September 2013 kam für mich ein großer Schritt in eine neue Aufgabe. Als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Reutlingen darf ich nun die 280.000 Einwohner unseres Kreises und ihre Anliegen in Berlin vertreten.“ Auch ihm erleichterten die Mitstreiter die ersten Tage in Berlin: „Die erfahrenen Kolleginnen

und Kollegen unserer Landesgruppe Baden-Württemberg haben mich schon im Wahlkampf und auch seither sehr offen aufgenommen und unterstützt. Da fühlt man sich dann gleich nicht mehr so ganz als Neuling.“

Neben diesen vier stellen sich in den nächsten Tagen und Wochen noch eine Reihe weiterer Abgeordneter vor, welche in diesem Jahr zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurden. Darunter ist etwa **Bettina Hornhues**, die überraschend als zweite Bremerin nach Berlin kommt und jetzt „plötzlich MdB“ ist.

*Neue Abgeordnete, die noch einen kurzen Blogbeitrag veröffentlichen möchten, können diesen per E-Mail an die **Internetredaktion** schicken.*

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/ffd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt